



nen oder die Schaffung des großdeutschen Nationalstaates, der alle Deutschen des großdeutschen Stützgebietes umfasst, nicht durch Säuberungen und tödliche Kämpfe erreicht werden können.

Darüber hinaus legen wir, ferner auf der Grundlage des deutschen Nationalstaates, ein zukunftsreiches Elementen ab zu wachsenden Gemeinschaften der Völker auf wirtschaftlichem, kulturellem und kulturellem Gebiet, denn wir sind überzeugt, daß eine völlig veränderte Zeit auch eine andere, sinnvoller Gestaltung des internationalen Zusammenarbeitens verlangt.

Diese Haltung wird uns ganz erwidert durch die Erinnerung an viele harte Kämpfe, die unter Volk durch die Kriegszeit erfüllt. Aber wir sind überzeugt, daß die Völker Europas sich verständigen müssen, wenn sie nicht ihre Kultur und die Güte ihrer Lebenshaltung verlieren wollen.

### Innenpolitik:

Wir befehlen uns vornehmlich zur Staatsform der Republik, die uns vorsehensvoll für die Regierungsform der Demokratie und zur Erfüllung unseres Staates mit folgendem Volksgesetz.

Wir verlangen den beruflichen Einfluß nach als erfüllende Jahrhunderte aller Bürger; wir verlangen ihn aus wirtschaftlichen, wirtschaftlichen und finanziellen Gründen, zugleich mit einer Neugliederung des Reiches, der Steuerung der Aufgaben zwischen Reich und Ländern und weitestgehender Selbstverwaltung, auf deren Erhaltung und Erweiterung die Republik fester Gewicht zu legen hat als bisher.

Gründe unserer inneren Politik aber ist uns für alle Zeit der Gedanke der Volksgemeinschaft, für den wir eintreten gegenüber den Parteien, die den Gegensatz zwischen „national“ und „marxistisch“, zwischen Stadt und Land, zwischen den Rassen, Konfessionen und Klassen zu verschärfen suchen.

### Kulturpolitik:

Wir werden auch in Zukunft die Träger einer auf freierlicher Entscheidung ruhenden Geistes- und Kulturpolitik sein.

Wir haben deshalb auch vom Standpunkt unserer liberalen Weltanschauung von Anfang an den Schulgesetzgebung der Reichsregierung mit aller Energie bekämpft, weil er die Einheit des Staates vernichten, die Schule in enghöriger Weise konfessionell und ihre Lehrtätigkeit für uns unangehörige Maßnahmen verhindern würde.

Unser Schulgesetz ist demgegenüber die Gemeinschaftsschule, die die weltliche Erziehung und den Unterricht gegenüber dem Trennenden der Weltanschauungen und Konfessionen betont.

### Wirtschaftspolitik:

Der kulturpolitische Auftrag hat eine gesunde, kraftvolle Wirtschaft zur Voraussetzung:

Wir verlangen freie Gestaltung der Wirtschaft, die Raum läßt für Tatkraft, Unternehmungsgeist und Fortwärtstreben des einzelnen.

Deshalb ist uns die Erhaltung und Förderung eines freien, verantwortungsbewußten, selbständigen Mittelstandes wesentliche Aufgabe als Grundlage freier Entwicklung des Staats- und Gesellschaftslebens und als Mittel zum höchsten ethischen Elemente.

Die immer stärkere Zusammenballung in der Industrie hat uns zu einer für die Gesamtbevölkerung und das Allgemeinwohl gefährlichen Einengung des freien Unternehmertums und zu Vermunnen des Kapitalismus der Einzelpersönlichkeit führen.

Wir halten eine auf beiderseitiger Gleichberechtigung ruhende Gemeinschaftspolitik zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern für eine unerlässliche Voraussetzung des sozialen Friedens.

In der Außenwirtschaftspolitik lehnen wir sowohl eine protektionistische Schutzpolitik als eine reine Konkurrenzpolitik ab und verlangen stattdessen die Förderung einer Handelsvertragspolitik, wie sie zur Ernährung und Befähigung unserer auf engstem Raum zusammengeballten Völker notwendig ist; zugleich fordern wir den Schluß der handelsvertraglichen Beziehungen auf Grundlage der gegenseitigen Vorentscheidung, wobei auch eine energische Stützpolitik weiterhin im Vordergrund unserer Programms stehen wird.

In der inneren Wirtschaftspolitik ist unser Hauptziel die Lösung der Lebenshaltung der Bevölkerung auf dem Wege der Steigerung der Produktivität der deutschen Wirtschaft und der Entlastung des Preisniveaus, damit alle Volksteile nach dem Anteil erhalten an den Erzeugnissen des wirtschaftlichen Fortschritts und damit an allen Lebens- und Kulturwerten.

### Finanzpolitik:

Gegenüber dem immer weiteren Aufwachen der öffentlichen Ausgaben und einer Finanzpolitik ohne Plan und Rechenplan verlangen wir die Einführung einer öffentlichen Finanzwirtschaft in den Rahmen dessen, was deutsche Wirtschaft tatsächlich leisten kann, mit dem Ziel umfassender Entlastung der Gesamtheit der öffentlichen Anforderungen, insbesondere eine energische Reduzierung der Ausgaben- und Einnahmenseite der Staats, verbunden mit umfangreicher Vereinfachung- und Verwaltungsreform.

Wir fordern eine gründliche Vereinfachung des gesamten Steuersystems und einen Abbau der Objekt- und Ertragssteuern durch die Angleichung an Einkommens- und Vermögenssteuer.

Wir fordern eine gründliche Vereinfachung.

Schlüssig ein Steuerbüchereisystem als Sicherung gegen die übermäßige steuerliche Belastung des einzelnen Steuerzahlers.

### Sozialpolitik:

Die menschliche Arbeitskraft ist uns als das wichtigste Gut der Volkswirtschaft. Unser Ziel ist deshalb der soziale Volkstaat, gegründet auf eine gesunde Volkswirtschaft, aber orientiert nach sozialistischen Gesichtspunkten.

Wir halten fest in den Verengungen unserer öffentlichen Sozialpolitik, verlangen aber, daß ihre Einrichtungen der Selbstverwaltung von Unternehmern und Arbeitnehmern unterstellt werden.

Unser besonderes Interesse geht davon, die durch die Inflation und eine sehr hohen, von uns immer bekämpfte Aufwertungs-

gehobung ihr Vermögen eingebüßt haben; unter nachdrückliche Einwirkung für die Kleinrentner soll ihnen den Rechtsanspruch auf ausreichende Versorgung sicherstellen.

So bleibt unser Programm bis alle, das von durch hoch zehn Jahre der Arbeit und Verantwortung verdient worden ist: Ein außenpolitisch freies und großes deutsches Reich, das noch

# Der Weg der Wahlen

## Der Aufmarsch in der Politik

Rachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

R Kaiserlautern, Ende April

Von den prächtigen Parteien ist die demokratische mit ihren Kandidaten zuerst auf dem Plan erschienen. Ihr Spitzenkandidat, Staatspräsident Dr. Heppach, der bekanntlich auch die höchste Stelle führt und auf der 6. Stelle der Reichsliste steht, als Kandidat der langjährigsten Abg. Dr. Waßbig, hat sich bereits in mehreren Versammlungen den Wählern vorgestellt und harten Angriffen ausgesetzt. Am 22. April mit einer ansehnlichen öffentlichen Kundgebung, war ein sehr würdevoll und wiederholender Rücktritt zum Wahlgang.

Die von München und Berlin gemachte Abgrenzung zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei ist nicht zutrafte gekommen. Sie ist in der unüberwindlichen gegenseitigen Ablehnung der beiden Parteien, die lange Zeit in beständigem Zerwürfnis lagen und an der Personengruppe gescheitert. Keine wollte der anderen den Vorrang auf einer gemeinsamen Liste überlassen. Die Bayerische Volkspartei meint wohl ihren bisherigen Abgeordneten, Dr. Vaynschreiber, wieder aus eigener Kraft durchbringen, während der Zentrumspartei die Form an zur Sicherheit noch auf der Reichsliste landt. So kann aber auch umgekehrt kommen, da das Zentrum an Voben gewonnen zu haben scheint.

Die Deutsche Volkspartei hat lange mit ihrer Kandidatenaufstellung gewartet. Unter dem Druck des Wähler-Bauernlandes, der beim Zentrum angeschlossen ist, haben langwierige Verhandlungen mit den Deutschnationalen sowie gemeinsamer Liste stattgefunden. Sie sind gescheitert, weil die Volkspartei ihren Abg. Dr. Gamp, den Repräsentanten der Wähler-Bauernliste, nicht spielen wollte. In erster Stelle landt der Führer des Bauernbundes, Dr. Hans Langen. Die Arbeit des Bauernbundes, im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen, ist einer Seite der „Christlichen nationalen Bauernpartei“ herausgenommen, konnte noch gerade verhindern werden.

Die Deutschnationalen wollen eine eigene Liste aufstellen, haben aber noch keine Kandidaten. Ferner treten auf: die Wirtschaftspartei, die „Volksrechtspartei“, mit dem Grafen Polowinski an der Spitze, und der „Christliche Volksbund“.

## „Breußen 1928“

Politik in Stichworten

„Das durch die Staatsumwälzung in Preußen zur Herrschaft gelangte republikanisch-demokratische und parlamentarische System (schließt) sich in sich auf die Forderung nach Umgestaltung der Staatsverwaltung an demokratischer Sinne ein.“

So lesen wir in einem kleinen Handbuch, das jetzt als Vorbereitung für die Wähler in der Provinz Preußen im Jahre 1928 von dem Reichsstatthalter des Provinzial-Parlamentarismus, Berlin (Kommunikationsreferat Gerhard v. Sohn O., m. L. S., Berlin W 35, Hottendier 3) herausgegeben wird.

Diese Schrift nimmt in Stichworten Stellung zu der am 2. Juli 1928 in Berlin unter dem Vorzeichen, daß es sich um eine bewußte republikanische und demokratische Politik handle. So werden in dem nur 80 Seiten fahnen Bändchen alle Fragen in prägnanter Weise behandelt, die zuletzt in der politischen Diskussion gestanden sind. Gegen den Streit um das Reichsrecht des Reiches Frontalimpedimente finden wir bereits vorgelesen.

Das Preußenhandbuch beschäftigt sich ebenso mit dem Problem der Auflösung der Ostpreußen wie mit dem Fall Vornum, behandelt ausführlich die Wahlreform wie den Finanzengeld, nimmt Stellung zu den einzelnen Steuerfragen, legt das Verhältnis zwischen dem Reich und Preußen auseinander und schafft Klarheit über den Fall Schlegeler wie über die preussische Personalpolitik. So ist es wirklich geeignet, der Reichs-Verfassung die Beziehung in republikanischen Sinne zu dienen.

## Die demokratischen Bauern in Schleswig-Holstein

Der Demokratische Bauernverein in Schleswig-Holstein hat einen Aufruf erlassen, in dem er die Bauern und Landwirte in Schleswig-Holstein aufruft, den demokratischen Kandidat Langen-Oldenburg und für die Landtagswahlen den Kandidat Heppach zu wählen, die beide für die Interessen der Bauern und Kleinbauern in Schleswig-Holstein eingetretet sind.

Die Gewinnung der landwirtschaftlichen liberalen Elemente der Deutschen Volkspartei für eine atomistische Innenpolitik in der Regierung bezieht sich in einer demokratischen Wahlreform in Wienbergere Frau Eise Tisch, Reichsstatthalterin der Demokratischen Partei in Potsdam 1. als dringende Notwendigkeit. Demnach muß der Wahlkampf breite Schichten der Wählerklasse aus der unruhigen Eingruppierung in die Wirtschaftspartei herauslösen.

## Die Kriegsschuldfrage im Wahlkampf

Im Wahlkampf der Deutschen Volkspartei findet sich folgender Satz:

„Die von uns dauernd bekämpfte Kriegsschuldfrage bringt zusammen von den Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung.“

So gibt der Pressestelle der Deutschnationalen Volkspartei Anlaß zu folgender „Beantwortung“:

„Die Volkspartei hat aufgehört, eine Rechtspartei zu sein. Sie ist nunmehr noch eine Überzeugungspartei; sie ist sogar eine

angst bei der Zusammenarbeit der Völker auf politischem, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet;

Stiftung unserer neuen Staatswesens und Ausbau in demokratisch-republikanischer Sinn; Gestaltung unserer Zukunft im Zeichen einheitlicher Zusammenarbeit in Staat, Volk und Schule; Aktive, fortwährende Wirtschaftspolitik mit dem Ziel der Förderung der Lebenshaltung aller Schichten unserer Völker.

Gefahr. In allen nationalen Dingen begnügt man sich mit vollen Händen; aber jeder Gefährdung geht man aus dem Wege. Die Deutsche Volkspartei fällt der nationalen Bewegung in den Rücken. Sie hat verachtet. Über die Verteilung der nationalen Ehre der Wählerliste überläßt, verachtet auf ein politisches Hysterie.“

Die Deutschnationalen haben mit Recht eine Abneigung gegen die Wählerliste.

Im Wahlkreis Berlin hat die Deutschnationale Volkspartei für die Reichstagswahl aufgestellt 1. Eversberg, 2. Wirth, 3. Dietrich, 4. Borchardt, 5. Borchardt, 6. Borchardt, 7. Borchardt, 8. Borchardt, 9. Borchardt, 10. Borchardt, 11. Borchardt, 12. Borchardt, 13. Borchardt, 14. Borchardt, 15. Borchardt, 16. Borchardt, 17. Borchardt, 18. Borchardt, 19. Borchardt, 20. Borchardt.

## Was wollte Bela Kun in Wien?

Rachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

Wien, 27. April

Die Verhaftung Bela Kuns erregt ungeheure Aufsehen. Der Kommunistenführer soll sich schon vier Wochen unter hundert verschiedenen Namen, die je nach Bedarf änderte, hier aufgehalten haben und zuerst in einem Caféhaus einem ungarischen Bandenmann eingefallen sein. Seine Gefolgsleute hatten unter der Firma eines Zigarettenhändlers in einer beliebigen Straße des 7. Bezirks ein Lokal gemietet, in dem sie Zusammenkünfte abhielten.

Bela Kun gefahren wieder zu einer hart angelegten Vernehmung erschien, wurde er angehalten und der Folter übergeben. Mitgefesselt wurden auch der ungarische Kommunist Jozsef Zsolt, ferner die ungarische Sekretärin Bela Kun. So wurde sofort in dem „Zwangsgefängnis“ eine eingehende Untersuchung vorgenommen, die umfangreiches politisches Material, besonders kommunistische Propaganda, Schriften und Akten, welche sich auf eine kommunistische „Revolution“ beziehen, heraus gegeben, gelang schiebte. Diese Akten sind in deutscher, russischer und ungarischer Sprache abgefaßt, wurde beschlagnahmt.

Bela Kun hat im Verhör behauptet, daß seine Entsendung von Moskau nach Wien den ungarischen Verhältnissen entspreche habe. Offenbar ist er daraufhin geworden, die von Berlin und Wien aus geleitet, nach dem Tode Eugen Dombrowski und nach der Umstellung der ungarischen Kommanden, kommt ein Wienerberger ganz hilflos geworbene ungarische kommunistische Bewegung zu reorganisieren und auch die kommunistische ungarische Emigration wieder zusammenzuführen.

Bela Kun, der bei seiner Vernehmung keinerlei Dokumente und keinen größeren Geldbetrag bei sich trug, verweigert jegliche Aussagen über den Zweck seines Aufenthalts und behauptet sich bereit, zu erklären, man wisse ja, was er tut, und es ihm nicht mehr anging erhaben. Die Behörden mögen im übrigen plündern mögen. Falls der Nachweis der Geheimtätigkeit, auf die Arbeit bis zu einem Jahr, nicht abzuwehren werden sollte, wird sich Bela Kun wegen verbotener Rückkehr zu verantworten haben, die bis zu drei Monaten Arrest betraut wird.

Manche aber übermorgen mit Bela Kun dem Bundespräsident eingeleitet werden. Auf alle Fälle wird er sich, da er für immer aus Österreich ausgewiesen ist, wegen verbotener Rückkehr zu verantworten haben. Ob gegen ihn auch die Anklage wegen Geheimtätigkeit erhoben werden kann, wird erst die gerichtliche Untersuchung ergeben.

Wien, 27. April

Der heutige Minister hat sich, wie vermeldet, mit der Freigabe der Gefangenen der ungarischen Regierung aus der Verhaftung Bela Kuns in Wien befreit. Obwohl amtlich noch nichts mitteilt wird, verläuft doch aus guter Quelle, daß die ungarische Regierung vorerst von einer Wiederholung des bereits im Jahre 1919 gestellten, von der österreichischen Regierung jedoch abgelehnten Auslieferungsgeschehens absehen wird.

## Briand außer Gefahr

Rachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

Paris, 27. April

Die Wendung zum Besseren, die seit gestern im Verhältnis des französischen Außenministers Briand eingetreten ist, hat heute erfreulichere weitere Fortschritte gemacht. Die Kammerarbeit ist fast zurückgegangen. Der Zustand der angegriffenen Lunge ist befriedigend. Nach den Versicherungen der Ärzte befindet sich Briand im Anlaß zur Besserung mehr. Allerdings wird Briand noch einige Zeit das Bett hüten müssen.

## Die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten

Wie von englischer amerikanischer Stelle bekanntgegeben wird, hat die Einwanderung als einziger Staat die Einwanderung aus dem britischen Empire einmündigen Einwanderungsbereitschaft. Die anderen Staaten setzen bis Ende März mit Einwanderung hinter ihren Quoten zurückgeblieben, so England um 6500 und Deutschland um 6700.





































